



8.12.2017

Stellungnahme im Rahmen der Haushaltsverabschiedung

Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die bisherigen Ausschusssitzungen verliefen zumindest bis heute ohne große Aufregung. Ehrlicher Weise gab es auch wenig haushaltswirksame Anträge, die Uneinigkeit nach sich gezogen hätten. Dies spricht entweder für einen ausgereiften Haushaltsplan oder dass wir unsere Themen als Fraktionen angepackt sehen in finanziell besten Zeiten.

Stuttgart **24** + (ich sage dies bewusst) wirft seine Schatten bis in den Landkreis- das Abstellgleis in Geislingen wird vermutlich nicht benötigt, was positiv gesehen dem Landkreis rund 1 Mio Euro spart sowie die Verpflichtungsermächtigung um 1,8 Mio € senkt. Stuttgart mit seinem neuen Hauptbahnhof ist die Milliardenenke, vor der wir immer gewarnt haben. Für uns im Landkreis werden Metropolexpress, VVS Beitritt, Nahverkehrsplan sowie die Rezertifizierung fahrradfreundlicher Landkreis die beherrschenden Themen zum Verkehr im Landkreis sein. Keine Milliardenenken wie in Stuttgart, aber es werden finanzielle Mittel benötigt. Auf die anstehende Diskussion im Januar zum VVS Beitritt sind wir gespannt und würden uns freuen, wenn nach Jahrzehnten der Diskussion eine Entscheidung herbei geführt wird- nach intensiver Information und Möglichkeit der Bürgerbeteiligung im Januar. Wir hoffen auf eine positive Entscheidung.

Weniger erfreulich sind Themen, die aus unserer Sicht nach Abwägung vieler Argumente, unter Berücksichtigung externer Gutachter entschieden sind, aber

immer wieder aufgewärmt werden. Nullverständnis haben wir deshalb für den wiederholten Versuch, die Standortfrage seitens des Christophbades erneut anzufachen. Beim Stöbern in alten Unterlagen fand sich diese Frage immer wieder, die Argumente sind immer die gleichen. Der Kreistag hat nach intensiver Auseinandersetzung, unter Bewertung vieler maßgeblicher Kriterien und Hinzuziehen externer Experten sich für den Standort am Eichert entschieden. Wir als Grüne halten und hielten diese Entscheidung für richtig, haben dies immer wieder betont und mitentschieden. Wenn wir an unserem Grundsatz einer kommunalen Klinik festhalten wollen, gilt es nun gemeinsam nach vorne zu schauen und darauf zu hoffen, dass das Sozialministerium die Planung weiterhin, wie im übrigen die letzten Jahre bereits, wohlwollend begleitet und wir Ende 2018 den Baubeschluss fassen können. Für die Standortfestlegung sind die kommunalen Gremien zuständig und die haben entschieden !. Zum TOP Schlaganfallversorgung haben wir uns später noch getrennt zu befassen.

Abfallwirtschaft: Im Januar wird der letzte Grüngutplatz eingeweiht, auch dies ein langer Weg mit zahlreichen kleinen und großen Problemen, der aber langfristig die Grüngutversorgung auf gesetzlich vorgeschriebene Pfade bringt.

Zu der geplanten Erhöhung der Durchsatzmenge im MHKW haben wir Anträge gestellt. Wir hoffen auf den zugesagten Bürgerbeteiligungsprozess und warten mit Spannung auf die weitere Entwicklung.

In den Bereichen der Jugendhilfe und des Sozialausschusses gibt es zahlreiche Themen, die uns beschäftigen werden. Der Kreisaltenplan , ein umfangreiches Werk, steht vor der Vollendung , der Teilhabeplan B für Menschen mit seelischer Behinderung befindet sich in der Fortschreibung. Größtes Problem für alle im Gesundheitsbereich Tätigen ist die Mitarbeitergewinnung- hier ist auf politischer Ebene noch viel zu tun. Sonst werden wir, die jetzt 50 plus sind, alle irgendwann ohne adäquate medizinische und pflegerische Versorgung sein.

Kreisumlage:

Wir sehen mit Sorge, dass das Ziel der schwarzen Null der Alb-Fils-Kliniken durch die anstehende Entscheidung u.a. zur Schlaganfallversorgung in die Ferne rücken könnte. Damit erhöht sich das Risiko für den Landkreis, weiterhin eine Defizitabdeckung übernehmen zu müssen.

Dies und die anstehenden Entscheidungen bzgl. VVS, Nahverkehrsplan und viele gesetzliche Verpflichtungen sowie die äußerst gute finanzielle Lage vieler Gemeinden und Städte im Landkreis bewegen uns, der geplanten Höhe der Kreisumlage zu zustimmen. Wir erinnern uns an die mahnenden Worte aus dem Regierungspräsidium zur Haushaltssatzung 2017, dass sich die Finanzlage des Landkreises derzeit noch auf einem vergleichsweise robusten und soliden Fundament befindet, hat aber die Senkung der Umlage zum Haushaltsjahr 2017 kritisch bewertet. Deshalb lassen Sie uns heute der vorgeschlagenen Höhe der Umlage zustimmen, damit wir uns trotz anstehenden Großprojekten einen gewissen Puffer verschaffen.

Historisch gesehen haben wir besondere Zeiten: noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab es so komplizierte Verhandlungen um eine neue Regierung und für uns im Landkreis heißt es heute die letzte Sitzung in einem Saal abzuhalten, der schon vieles gesehen und gehört hat.. Auf den Neubau und einen modernen und technisch verbesserten Sitzungssaal sind wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker und -politikerinnen gespannt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der Neubau dringend notwendig.

Gemeinsam sollten wir trotz aller politischen Unterschiede zum Wohle aller entscheiden, dies sollte heute und auch später unser aller Ziel sein. Dazu beitragen kann auch eine sachgerechte Informationspolitik, die könnte uns allen gut tun.

Dank allen Mitarbeitenden stellvertretend für die Verwaltung sei Landrat Wolff genannt, Ihnen danke ich fürs Zuhören. Uns allen eine entschleunigte Weihnachten und ein gesundes Jahr 2018, verbunden mit dem Wunsch einer weiterhin guten Zusammenarbeit.

Für die Fraktion

Martina Zeller-Mühleis